

RESOLUTION 3**Für die Indexierung unserer Löhne und Renten!
Dringend notwendig für Frauen und Geringverdienende.**

Seit mehreren Monaten sinkt unsere Kaufkraft aufgrund eines starken Anstiegs der Lebenshaltungskosten. Die Preise für Strom, Heizung, Benzin und viele Lebensmittel steigen. Nach den neuesten verfügbaren Zahlen stieg der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) zwischen Oktober 2021 und Oktober 2022 um 3%. Dieser Index unterschätzt jedoch die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, da er den Anstieg der Krankenversicherungsprämien nicht berücksichtigt, deren durchschnittlicher Anstieg von santésuisse mit 6,6% angegeben wird.

Vor allem für Geringverdienende ist diese Situation unhaltbar. Gerade viele Frauen beziehen jedoch besonders niedrige Löhne und niedrige Renten, mit denen sie diese Inflation nicht bewältigen können.

Vor diesem Hintergrund geht eine Lohnindexierung in Höhe von 2 oder 2,5%, wie sie von mehreren Kantons- und Gemeinderegierungen in Betracht gezogen wird, weit an den tatsächlichen Bedürfnissen vorbei. Allein schon, um unsere Kaufkraft wiederzuerlangen, wäre mindestens das Doppelte nötig! Die Kantonsregierungen behaupten, sich in einer schwierigen finanziellen Lage zu befinden. Dennoch haben die Kantone im Jahr 2021 einen kumulierten Überschuss von 2,7 Milliarden Franken erzielt, während sie mit einem Defizit von 2,5 Milliarden gerechnet hatten.

Der VPOD hat in mehreren Regionen Mobilisierungen gestartet, um mindestens den vollen Teuerungsausgleich zu erhalten. Auch die Bauarbeiter streikten zu diesem Thema am Anfang der Woche. Steigende Lebenshaltungskosten können und dürfen nicht von den Arbeitnehmer:innen getragen werden. Die VPOD-Verbandskonferenz Frauen ruft dazu auf, diese Mobilisierungen fortzusetzen und auszuweiten und fordert die volle Indexierung der Löhne und Renten, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor!